

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weiszen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wilsdruff-Dresden  
Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 15. November 1928  
Nr. 267. — 87 Jahrgang

## Gerüchte.

Selbst die gewiegtesten Kenner parlamentarischer Ge-  
triebes sind ratlos: so etwas von völliger Undurchsichtig-  
keit der Situation ist lange nicht dagewesen. Grund: die  
Panzerkreuzerfrage. Zunächst das Hin und Her,  
ob der sozialdemokratische Antrag, noch in dieser Woche  
beschlossen werden soll oder erst die außerpolitische Debatte  
abzuwarten. Heute heißt es so, morgen anders. Nun soll  
erst über den Panzerkreuzerantrag verhandelt werden,  
weil es den Anschein hat, als werde sich in dieser  
Frage möglicherweise eine Regierungskrise herausbilden.  
Darauf wird gefragt, die vier sozialdemokratischen Minister,  
die im Kabinett nicht gegen den Panzerkreuzerbau waren,  
würden sich als Abgeordnete der Stimme enthalten, weil  
der Reichswehrminister Gröner erklärt hätte, er würde  
zurücktreten, wenn seine Ministerkollegen sich jetzt gegen  
den Panzerkreuzerbau einsetzen würden; dann heißt es  
wieder, daß jene vier Minister genau so wie ihre Prä-  
zidenten den Weiterbau des Panzerkreuzers ablehnen, die  
Gefahr einer Krise also auf sich nehmen würden.  
Reichswehrminister Gröner war beim Reichs-  
präsidenten zum Vortrag; auch der Reichs-  
kanzler hat dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die  
politisch-parlamentarische Situation gehalten, dabei Mit-  
teilung davon gemacht, daß Reichswehrminister  
Gröner zurücktreten würde, wenn etwa der  
Reichstag, angeblich aber auch dann, wenn seine Minister-  
kollegen als Abgeordnete gegen die Weiterführung des  
Panzerkreuzerbaues stimmen würden. Zahlreiche Gerüchte  
unkontrollierbarer Art schossen natürlich üppig ins  
Raum. Einmal hieß es: der Reichspräsident habe erklärt,  
er fühle sich in der Panzerkreuzerfrage „uninteressiert“,  
dann wieder flüsterter sich die angeblich Allwissenden zu,  
gerade das Gegenteil sei der Fall. Hindenburg setze sich  
mit der vollen Wucht seiner Persönlichkeit für den mili-  
tärlich notwendigen Weiterbau des Panzerkreuzers ein  
und es sei gar nicht ausgeschlossen, daß es zu einem  
Konflikt mit dem Reichspräsidenten kommen  
würde, wenn der Reichstag bzw. ein größerer Teil  
der Reichsminister sich gegen den Weiterbau entscheiden  
würde. Noch mehr der Gerüchte und Vermutungen: wenn  
die Parteien, die im früheren Reichstag für den Bau  
stimmten, jetzt geschlossen das gleiche tun, so ergibt dies  
im jetzigen Reichstag nur eine geringe Mehrheit. Aber  
man weiß man, daß das Zentrum nicht mehr  
so unbedingt für den Bau eintritt wie früher und  
— die Deutschnationalen, die damals auch Regierungspartei  
waren, sind jetzt Opposition! Man raunt  
einander zu, daß diese Partei vielleicht ein par-  
lamentarisches Manöver veranstalten will, das un-  
bedingt zu einer Regierungskrise führen müßte, nämlich  
dadurch, daß sich ein Teil der deutschnationalen Ab-  
geordneten der Abstimmung fernhält und dann eine ge-  
nügende Mehrheit für den Weiterbau nicht vorhanden ist.  
Denn daß die Regierungskrise ausbricht, wenn der  
sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzer-  
kreuzerbaues angenommen wird, daran zweifelt niemand.  
Und wohin sich eine solche Krise auswirken würde, läßt  
sich noch gar nicht übersehen, obwohl es natürlich über-  
trieben erscheint, wenn man schon von einer — Reichs-  
tagssagung spricht, weil der Reichspräsident eine  
solche Bestimmung der jetzigen Volksvertretung als un-  
tragbar betrachtet.

Bombastisch noch komplizierter wird die ganze poli-  
tisch-parlamentarische Lage dadurch, daß nach Genehmi-  
gung der ersten Rate für den Panzerkreuzerbau die  
Marineleitung über die Vergabung des Gesamtobjekts  
verhandelt und größere Bestellungen auf-  
gegeben hat, wozu sie der Reichshaushaltsordnung ge-  
mäß die Ermächtigung besitzen will. Allerdings ist bisher  
nicht mehr bezahlt worden, als der Reichstag für die erste  
Rate bewilligt hat, — aber durch diese Maßnahme des  
Reichswehrministeriums wird es noch selbstverständlicher,  
nach Gröner die Ablehnung des Weiterbaues mit der  
Widerlegung seines Ministerportefeuilles beantworten  
zu können. Unrichtig ist es übrigens, daß der Reichspräsident  
irgendwie in direkte Verbindung mit den Parteien selbst  
getreten ist, um die Lage zu entwirren; so hat er auch nicht  
etwas, wie behauptet wird, den Deutschnationalen zu ver-  
stehen gegeben, er mößte das angeblich von ihnen  
beabsichtigte parlamentarische Manöver, mit dem sie die  
Regierungskrise herbeizuführen wünschten. Derartige  
Gerüchte, die im Reichstag in solchen Situationen oft  
genug aufzutauchen, dienen ja immer bestimmten taktischen  
Zwecken und pflegen sich infolgedessen sehr rasch in  
ein Nichts aufzulösen. Aber mehr als ein „vielleicht“ kann  
man heute nicht sagen, weil die vollzogene Entscheidung  
erst Gewissheit bringen kann.

Um den Panzerkreuzer.  
Der Reichstag wird sprechen.  
Es ist nun entschieden, daß die Auseinandersetzungen  
um die Frage: „Wird der Panzerkreuzer A weitergebaut  
oder sind die Arbeiten einzustellen?“ vor der Debatte über  
den Beschluß des Reichstages stattfinden sollen. Nach  
Entscheidung des Reichstages soll Donnerstag die Ver-  
handlung des sozialdemokratischen Antrages auf Einstellung  
des Panzerkreuzerbaues im Reichstag beantragen. Auch das

## Barker Gilbert bei Dr. Stresemann

### Stand der Reparationsfrage.

Berlin, 14. November. Wie die T. L. erfährt, hat der  
Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Laufe des Dienstags  
den Reparationsagenten Barker Gilbert zum Besuch empfangen  
und mit ihm den augenblicklichen Stand der Reparationsfrage in  
allen Einzelheiten durchgesprochen.

In Berliner politischen Kreisen beurteilt man den Stand der  
Reparationsfrage einstweilen noch sehr zurückhaltend, zumal noch  
nicht feststeht, ob die neue französische Regierung mit derselben ge-  
bundenen Marschroute an die Bestimmung der Sachverständigen  
für eine bevorstehende Reparationskonferenz herangeht wie sie für  
das frühere Kabinett Poincare auf Cheran abgegeben hat, muß  
hierbei erheblich in Rechnung gestellt werden.

Da sich bezüglich der Bestimmung der Sachverständigen außer  
Frankreich kein Staat festgelegt hat, so kann vielleicht damit ge-  
rechnet werden, daß dies durch das neue Kabinett Poincare eben-  
falls nicht geschieht. Der schroffe Standpunkt Belgiens ist in die-  
sem Zusammenhang umso weniger entscheidend, als die gute Lö-  
sung der deutsch-rumänischen Verhandlungen die Aussicht Bel-  
giens auf eine Belgien günstige Lösung der Notenstreitfrage er-  
heblich herabgemindert hat.

Ueber den Zeitpunkt der bevorstehenden Konferenz geben die  
Ratmachungen noch auseinander. Immerhin glaubt man in un-  
terrichteten diplomatischen Kreisen, daß vielleicht doch schon der  
Dezember in Frage kommt, ohne daß man prestigeträchtig Wert  
darauf legt, die Konferenz unter allen Umständen in Berlin ab-  
zuhalten. Als Tagungsort kommt auch noch Paris und Rom in  
Frage. Entscheidend wird die Haltung des amerikanischen Be-  
obachters sein, da bei der Eigenart der internationalen Lage das  
wichtigste Unterlage bilden dürfte. Infolgedessen wird auch daran  
gedacht, dem amerikanischen Beobachter als unparteiischen Sach-  
verständigen den Vorsitz in der Sachverständigenkommission an-  
zubieten.

### Die Weiterführung der Reparationsfrage.

Die geplante Schuldenkonferenz.  
In Paris ist der deutsche Botschafter von Goesch durch  
den Außenminister Briand empfangen worden und Mi-  
nisterpräsident Poincare wird ebenfalls Unterredungen  
mit Herrn von Goesch haben. Gegenstand der Besprechungen  
bei den Zusammenkünften sind die Verhandlungen  
über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses  
zwecks Regelung der Reparationsfrage, die durch die fran-  
zösische Ministerkrisis unterbrochen wurden.

Das Blatt „Matin“ nennt als französischen Vertreter  
in dem Sachverständigenausschuss den Gouverneur der  
Walt von Frankreich, Moreau, und als wahrscheinlichste  
weitere Vertreter Parmentier und Sergent, die bereit  
an der Ausarbeitung des Dawes-Planes teilgenommen  
haben.

Nach dem offiziellen „Veil Parisien“ wird die  
deutsche Regierung in etwa vier bis fünf Tagen  
über die Bedingungen unterrichtet werden, unter denen  
Paris, London, Rom und Brüssel sich die Entwicklung der  
Verhandlungen über die Einsetzung des Reparations-  
problem und die Festsetzung der deutschen Schuld vor-  
stellen.

Was den Verhandlungsort der Konferenz an-  
belangt, so kommt im „Deure“ die Auffassung zum Aus-  
druck, daß nach der ersten Zusammenkunft der Sachver-

ständigen in Paris oder in Brüssel die Verhandlungen  
nach Berlin verlegt werden müßten, um mit den Aus-  
führungsorganen des Dawes-Planes, die in Berlin ihren  
Sitz haben, in ständiger Fühlung zu stehen.

### Unerträgliche Reparationslasten.

Bayerns bedrängter Etat.

Im Bayerischen Landtage vertrat Finanzminister Dr.  
Schmucke den neuen Staatshaushalt 1929. Während  
die Rechnung für das Jahr 1924 mit einem Überschuß  
von 29 Millionen Mark abschloß, weisen die folgenden  
Jahre erhebliche Fehlbeträge auf. Die Einnahmen blieben  
hinter dem Sollbetrag beträchtlich zurück. Der neue Haus-  
haltsvoranschlag schließt im außerordentlichen Etat ab  
Einnahmen und Ausgaben mit 90 Millionen Mark ab.  
Trotz der allergrößten Sparsamkeit schließt der ordentliche  
Haushalt in den Einnahmen mit 790, in den Ausgaben  
mit 834, also mit einem Fehlbetrag von 44 Millionen  
Mark ab. Die Gesamtsteuer auf den Kopf der Bevölke-  
rung stieg in Bayern von 1913 bis 1926 von 41 auf 77  
Mark, in Preußen dagegen von 41 auf 96 und im Durch-  
schnitt des Reiches von 41 auf 91 Mark.

Die Forderung des Reparationsagenten  
nach einer Reform der Besteuerung durch das Reich sei  
sachlich irrig, weil der Generalagent über die Bedürfnisse  
der Länder und der Gemeinden hinwegsehe. Daß die  
Landwirtschaft sich in Not befindet, ist allgemein aner-  
kannt. Sie kann nicht rentabel werden, solange ihre Pro-  
duktionskosten höher sind als jene des konkurrierenden  
Auslands.

Die Hauptquelle des Übels sei es: die Einnahmen des  
Staates und des großen Teiles der Gemeinden sind heute  
absolut unzureichend. Wenn der Reparationsagent unseren  
Staatshaushalt kennen würde, dann würde er nicht von  
einer Neigung zu übermäßigen Geldeausgaben sprechen.  
Er verlangt Unmögliches, wenn er ein ständig steigendes  
Steueraufkommen erwartet, den Ländern und Gemeinden  
aber die Mittel aus diesem Steueraufkommen verweigert.  
Wenn die Reichsregierung sich ansieht, der Aufforderung  
des Reparationsagenten nachzukommen, und bei der Neu-  
regelung des Finanzausgleichs die Anteile der Länder an  
den Abweisersteuern zugunsten des Reiches beschnei-  
det, so tut sie etwas, was innenpolitisch und kultur- und  
sozialpolitisch, aber auch finanz- und reparationspolitisch  
verfehlt ist. In der Frage des kommenden Finanzaus-  
gleichs ist Leben und Tod der Länder und des Reiches  
eingeschlossen.

### Goesch erneut bei Poincare.

Paris, 14. November. Von amtlicher deutscher Stelle  
in Paris wird bekannt gegeben: Botschafter von Goesch hatte am  
Mittwoch nachmittag eine einstündige Unterredung mit dem fran-  
zösischen Ministerpräsidenten Poincare, in der die Besprechungen  
über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses zur Rege-  
lung der Reparationsfrage fortgesetzt wurden.

Reichskabinett hat sich dieser Disposition ohne Ein-  
spruch angeschlossen und überließ in seiner Mittwoch-  
sitzung dem Ministerpräsidenten die weitere Entscheidung, die nun-  
mehr gefallen ist. Es war von verschiedenen Seiten an-  
geregt worden, alle Minister sollten im Reichstage bei  
der Abstimmung über den Kreuzerbau sich der Stimme  
enthalten, um ein Auseinanderfallen des Kabinetts zu  
verhüten und damit unter Umständen eine Regierungsk-  
rise herbeizuführen. Auch darüber verhandelte die  
Ministerkammer, sagte aber keine Beschlüsse in dieser  
Richtung.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing den  
Reichskanzler, zweifellos zu einer Besprechung über die  
in den letzten Tagen so prälat gewordene Frage des  
Kreuzerbaues. Der Reichspräsident soll dabei dem Kanzler  
die Auffassung des Reichsministers Gröner mitgeteilt  
haben. Dieser sei der Meinung, der Kanzler müsse sich

seiner Partei wolle, so könnte Herr Gröner, der entschieden  
an dem Bau festhalte, kaum noch als Mitglied im Kabinett  
verbleiben. Aber wie gesagt: da sich das Kabinett in dieser  
Hinsicht eines Beschlusses enthielt, muß man annehmen,  
daß allen Ministern, also auch dem Reichskanzler verän-  
dlich, der Entscheid nach dieser oder jener Richtung über-  
lassen bleibt.

Zugespitzte Lage.  
Zur Stunde bietet sich noch kein Ausblick in die  
weitere Entwicklung, obwohl die Stimmen, die von einer  
unmittelbar bevorstehenden Regierungskrise sprechen,  
leiser geworden sind. Im allgemeinen wird fast mehr die  
Meinung ausgesprochen, die Bewilligung und die Ab-  
scheidung des sozialdemokratischen Antrages ständen bevor,  
da sich anscheinend eine ganze Anzahl der Gegner des  
Kreuzers in den Mittel- und Reichsparteien entschlossen  
haben sollen, sich in diesem Augenblick lieber der Stimme  
zu enthalten, als sich der geforderten Ablehnung anzu-  
schließen.

Zentrumsbeschüsse.  
Die Zentrumsfraktion des Reichstages, die mehrfach  
über die Situation beriet, soll beschätzigen, einige An-  
derungen an dem Neubauprogramm vorzuschlagen, durch  
welche Bedenken gegen die Brauchbarkeit des Kreuzers  
Rechnung getragen werde. Der reine Kampfcharakter des  
Schiffes soll mehr in den Hintergrund treten und dafür  
die Aufklärung- und ähnlichen Verwendungszwecke mehr  
betont werden. Im Zentrum sitzen bekanntlich Gegner  
des Kriegsschiffbaues und ihnen soll so die Möglichkeit



Wie der Panzerkreuzer A aussehen soll —, wenn er gebaut wird.

der Stimme enthalten, denn wenn der Reichskanzler etwa  
gegen den Panzerkreuzerbau stimme, wie es der Antrag

eröffnet werden, an ihrem Teile zu einer Vermeidung der drohenden Krise beizutragen.

Endgültige Beschlüsse sind aber noch nicht ausgegeben und ebenso wie in der Zentrumskommunikation sind weitere Besprechungen in der sozialdemokratischen Fraktion und bei den Deutschnationalen statt, in denen man endgültig das Verhalten der Abgeordneten für die bevorstehende große Auseinandersetzung umreißen will. Man nimmt an, daß die Debatte sich über zwei Tage erstrecken wird und Freitag mit der Abstimmung abschließt.

### Verhandlungen im Eisenkonflikt.

Wird Arbeitslosenunterstützung gezahlt?

Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes hat zu der Frage, ob an die ausgesperrten Arbeiter in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden darf, Stellung genommen. Er hat zwei ablehnende Entscheidungen der Düsseldorf- und Dortmund-Spruchkammern an das Oberversicherungsamt zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen.

Der Senat hat bei seiner Entscheidung vier Rechtsgrundsätze aufgestellt und dabei den Begriff der Aussperrung definiert. Er hat hierbei insbesondere festgestellt, daß unter Aussperrung eine Massenkündigung bzw. Massenentlassung von Arbeitnehmern zu Kampfwertigkeiten zu verstehen sei, und zwar mit dem ausdrücklich erklärten oder aus den Umständen sich ergebenden Kampfwillen.

Es ist ferner grundsätzlich festgestellt worden, daß es für die Aussperrung an sich unerheblich sei, ob die Aussperrung unter Tarifbruch erfolgt oder nicht, so daß also die Spruchbehörden nicht zu prüfen haben, ob Tarifbruch vorliegt oder nicht.

Das Oberversicherungsamt in Dortmund bzw. in Düsseldorf wird jetzt in den Sachen selbst unter Beobachtung der vom Spruchsenat aufgestellten Rechtsgrundsätze endgültig zu entscheiden haben.

Die von dem Düsseldorf-Regierungspräsidenten Bergmann veranlaßten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften am Mittwoch nachmittag haben zu einem Ergebnis, das eine brauchbare Grundlage für ein gemeinsames Verhandeln werden könnte, bisher nicht geführt. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

### Der Reichsarbeitsminister am Donnerstag im Ruhrgebiet.

Berlin, 14. November. Amlich wird gemeldet: Nach Abschluß der Plenarverhandlungen des Reichstages über den Arbeitskampf in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie hat sich der Reichsarbeitsminister Wissell heute Nacht zu seiner persönlichen Unternehmung in das Ruhrgebiet begeben. Wegen der weiteren Verhandlungen des Reichstages wird er bereits am Freitag früh wieder in Berlin sein.

### Ergebnislose Verhandlungen im Hagener und Schwelmer Eisenbezirk.

Essen, 14. November. Nach Informationen des Westdeutschen Handelsdienstes haben die am Mittwoch in Hagen abgehaltenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband des Hagener und Schwelmer Eisenbezirks und der Metallarbeitergewerkschaft zu keinem Ergebnis geführt, so daß jetzt von Arbeitgebersseite die Gesamtkündigung für sämtliche Belegstellen am 15. November ausgesprochen werden dürfte. Es kommen schätzungsweise 35 bis 40 000 Metallarbeiter in Betracht.

### Arbeitslosenunterstützung wird nicht gezahlt.

Berlin, 14. November. Wie die T.-A. erfährt, hat der Spruchsenat des Reichsversicherungsamtes die Frage, ob den von dem Eisenkonflikt im Ruhrgebiet betroffenen Arbeitslosen Unterstützung gezahlt werden soll oder nicht, in ablehnendem Sinne entschieden. Wie bekannt, stand der praktische Fall eines Drebers zur Beratung, dessen Antrag auf Unterstützung in Düsseldorf abgewiesen worden war. Der Spruchsenat hat sich auf den Rechtsstandpunkt gestellt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Zahlung von Unterstützung nicht in Frage kommen könne.

### Schluß der Aussperrungsdebatte.

Deutscher Reichstag.

(13. Sitzung.) OB. Berlin, 14. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Abgeordneter Stöcker (Komm.) an die Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß die Regierung bisher zu den Anträgen auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Aussperrten noch nicht Stellung genommen habe, obwohl die Arbeiter schon 14 Tage ausgesperrt seien. Inzwischen seien wieder zwei Tage vergangen. Er beantragte Herbeiführung des Reichstages, damit er darüber Auskunft gebe. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Antragsteller abgelehnt. Das Haus legt dann die Besprechung der Anträge und Interpellationen über den

### westdeutschen Arbeitskampf

fort. Abg. Wagner (Nat.-Soz.) erklärte, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiter unerträglich geworden sei. Die Nationalsozialisten händen entschieden hinter den Arbeiterforderungen. Weiter begründete der Redner den Antrag, daß Unterstützungen, die von den Gewerkschaften geleistet wurden, auf die vom Reich zu zahlende Unterstützung angerechnet werden sollten. Die dem Reich dadurch entstehenden Ausgaben seien aus den Darlehen und einer Sonderbesteuerung der Bank- und Börsenrenten zu bestreiten.

Abg. Dörich (Christl. Bauernpartei) erkannte die Notwendigkeit eines staatlichen Schlichtungswesens an, wünscht aber eine Änderung des jetzigen Systems.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) meinte, der Deutschnationale Handlungsgehilfsverband hätte im Gegensatz zum deutschnationalen Redner sich in schärfster Weise gegen die Entlassungen gewandt. Die Großindustrielle hätte keinen Anlaß, über schlechte Zeiten zu klagen.

Abg. Kientz (Ztr.) begründete einen Antrag, es möchten die Schädigungen festgestellt werden, die Handel, Einzelhandel und Landwirtschaft aus der Aussperrung erwachsen sind, und es möge dem durch die Aussperrung geschädigten gewerblichen Mittelstand mit Steuererleichterungen und Kostensenkungen geholfen werden.

Abg. Albricht (Komm.) führte Beschwerde darüber, daß den Aussperrten im Ruhrgebiet die Veranstaltung von Straßendemonstrationen verboten worden sei. Der kommunistische Redner begründete schlichtlich einen Antrag, der der Reichsregierung das Verbot aufheben ließe.

Abg. Malloth (Wirtschaftspartei) stimmte dem Zentrumsantrage zugunsten des gewerblichen Mittelstandes zu und er-

## Die Bedeutung der Kommunalpolitik in den ländl. Gemeinden

Selbstverwaltung und Selbstverantwortung — Finanzwirtschaft — Ueberspannte öffentliche Wohlfahrtspflege. — Die hohen Beiträge zur Landwirtschaftskammer.

Landbund. Die gestrige außerordentliche Versammlung im „Abler“ wurde von Herrn Erbgerichtsbesitzer Kaiser - Grumbach mit begrüßenden Worten eröffnet. In einem Rückblick auf die wirtschaftliche Lage betonte er, daß seit der letzten Zusammenkunft die katastrophale Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte durch die Erzeuger zum Verbraucher hin über die Genossenschaften bewirkt. Sehr trübe sehe es auch in finanzpolitischer Hinsicht aus. Der Reichshaushalt wolle ein Defizit von 600 Millionen Mark auf, das durch neue Steuern aufgebracht werden müsse. Der Kampf darum sei bereits auf der ganzen Linie entbrannt. Man sei sich aber schon näher gekommen. Es sei mit einer Erhöhung von Umsatz-, Erbschafts- und Brantweinsteuer, sowie mit Zollerhöhungen zu rechnen. Während mit den letzteren endlich der Notlage der Landwirtschaft Rechnung getragen werde, müsse die Landwirtschaft gegen die Erhöhung von Erbschafts- und Brantweinsteuer Einspruch erheben. Es werde nicht ausbleiben, daß auch die indirekten Steuern weiter ansteigen.

Herr Geschäftsführer Werner - Meißner berichtete über Tagesfragen und gab bekannt, daß der neue Landarbeitertarif in Kraft getreten sei, der die arbeitsrechtlichen Bestimmungen neu regelt. Hauptsächlich würden Deputat und Urlaub davon betroffen. Es sehe weiter zu erwarten, daß die Landarbeiterverbände in der Wohnzeit mit neuen Lohnforderungen aufzutreten. Von Landwirten der Wilsdruffer Gegend sei wiederholt der Wunsch geäußert worden, den Arbeitsgericht Meißner unterstellt zu werden. Man wolle versuchen, in diesem Sinne zu wirken. Wegen Befreiung landwirtschaftlicher Arbeitnehmer von der Arbeitslosenversicherung müsse jede Krankenkasse Aufschuß geben, im übrigen seien die wichtigsten Bestimmungen in Nr. 45 der Bauernzeitung abgedruckt. Weiter streifte Herr Werner die Frage des Kontrollrats und warnte vor den wilden Dämonen, die jetzt wieder einmal in Massen das Land aufsuchen. Es seien da Sachen vorgekommen, die man nicht für möglich halte. Man solle ja mit der Unterfertigung recht vorsichtig sein und den eingeleiteten Handel in der Stadt berücksichtigen.

Beifällig begrüßt hielt sodann Herr Syndikus Tögel-Cohmannsdorf einen tiefgründigen Vortrag über

### „Die Bedeutung der Kommunalpolitik für die ländlichen Gemeinden.“

Er beleuchtete die Fragen der Gemeindepolitik von einem gewissen Gesichtspunkte herab, um die Situation zu beleuchten und den Gemeindevorordneten Richtlinien mit auf den Weg zu geben. Er führte zusammengefaßt ungefähr aus: Der Sächsische Gemeindebund habe gefordert, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu erhalten und zu verbessern. Diese Formulierung sei falsch. Die Selbstverwaltung sei heute garnicht mehr vorhanden in dem Sinne, wie sie einst der Freiher von Stein geschaffen habe. So habe man die leitende und selbstverantwortliche Person des Bürgermeisters abgesetzt und das Gemeindeparlament an die Spitze gestellt, in dem heute nicht die reine sachliche Arbeit, sondern der politische Kampf vorherrsche, weil Anweisungen und Richtspruch der Parteizentrale nicht etwa dem Allgemeinwohl dienen, sondern stets dahin gingen, für ihre Parteigenossen soviel wie möglich herauszubolen. Das sei der Leistern der kommunalen Selbstverwaltung, die der Selbstverantwortlichkeit entbunden sei. Es müßten alle Anstrengungen gemacht werden, diese Situation zu ändern und der Gemeinde das verantwortliche Haupt wiederzugeben. In der kommunalen Arbeit stehe an erster Stelle die Finanzwirtschaft, und die sei allgemein trübselig. Viele Gemeinden seien selbst schuld daran. 80 Prozent aller ihrer Ausgaben seien durch den Gesetzgeber vorgeschrieben. Aber gerade das müßte ihnen Veranlassung sein, alle Ausgaben wegzulassen zu lassen, die nicht notwendig waren (Nathäuser, Schwimmbäder, Sportplätze). Gewiß die körperliche Erhaltung unserer Jugend müsse gefördert werden, aber es gebe nicht an, aus diesem Grunde die Wirtschaft noch mehr zu belasten, wo sie schon um ihr Leben ringe. Die Dinge äherten sich dem Punkte, wo es nicht mehr darauf ankomme, was Menschen beschließen, sondern wo sich die Verhältnisse stärker erweisen. Bei der Landwirtschaft als Grundproduktion sei das ja schon eingetreten. Bei der gemeindlichen Finanzwirtschaft hätten zweierlei Voraus-

setzungen zu gelten, einmal; was braucht die Gemeinde, und zum andern; was kann man der Wirtschaft zumuten. Doch diese Voraussetzungen seien in der Praxis sehr selten zu finden. Hier gäbe die politische Zusammenfassung des Kollegiums den Ausschlag, welche Steuern zu zahlen sind, ohne daß eine Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Wirtschaft genommen werde. Auch die öffentliche Wohlfahrtspflege liefere ungenügende Beispiele, wie tief uns die parteipolitische Seuche befallen habe. Die öffentliche Wohlfahrtspflege sei weit über das berechtigte Maß getrieben worden und habe den sog. rissigen Menschen und ein Volk von Weichlingen geschaffen, dem die Willensenergie fehle. Hier müsse versucht werden, die persönliche freie Wohlfahrtspflege wieder hoch zu bringen. Der öffentliche Verwaltungsapparat sei viel zu teuer. Es müsse gerade hier wieder mehr ehrenamtliche Tätigkeit platzgreifen, damit den wirklich Bedürftigen diese Ausgaben auch wirklich zugute kämen. Die Diakonissen gäben hier ein leuchtendes Beispiel. Der starke Widerstand der Linken gegen diese Bestrebungen zeige, wie berechtigt sie seien. Andere größte Not sei die politische Not, weil die Parteipolitik nicht vor den Türen unserer Gemeinden halt mache. Nur wenn wir uns als Männer zu sachlicher Arbeit zusammenfänden, sei die Not unserer Gemeinden zu überwinden, wenn Selbstverwaltung sich mit Selbstverantwortlichkeit paare, könne das Werk des Freiherm v. Stein gelingen.

Langanhaltender Beifall folgte den von großer Sachkenntnis getragenen und durch viele Beispiele erläuterten Ausführungen. Herr Kaiser sprach dem Redner noch besonderen Dank aus und bemerkte, daß der Landbund einen kommunalpolitischen Ausschuß gegründet habe, der den bürgerlichen Gemeindevorordneten mit Rat und Hilfe zur Seite stehe. Die Wohlfahrtspflege bedürfe besonders auch den Haushaltsplan des Bezirks. Man solle in den Gemeinden überall streng darauf sehen, daß nur die wirklich Bedürftigen von der Wohlfahrtspflege bedacht würden. In der Schwefelstange sei im hiesigen Bezirk wirklich des Guten zuviel getan worden, doch hoffe man auf die Mitwirkung der Gemeinden bei gelegentlicher Verringerung.

In der Aussprache wandte sich Herr Rode - Grumbach gegen die gewaltige Kapitalaufhäufung der sozialen Versicherungen, da das Geld durch übermäßige Beiträge der Wirtschaft entzogen würde. Herr Runge - Kelsdorf sprach gegen die hohe Bezirksumlage und die hohen Beiträge zur Landwirtschaftskammer. Dazu bemerkte Herr Kaiser, daß im Bezirksausschuß das Bestreben vorherrsche, die Umlage so niedrig wie möglich zu stellen. Man versuche, auch diesmal die Ausgaben im Haushaltsplan wieder zu verringern. Die Kammerbeiträge seien ein Blättchen „Nähr mich nicht an“ und doch müßte mit aller Energie verlangt werden, daß auch hier ans Abbauen gedacht werde. Die Landwirtschaftskammer würde sich selbst viel nützen, wenn sie ausgiebiger über die Verwendung der Mittel Aufschuß gebe. Es sei auch zu wünschen, daß sich die Kammer jetzt mehr mit der Abschaffung beschäftige. Herr Rittergutspächter Böhm - Klipphausen betonte, daß es in organisatorischer Beziehung mit der Kammer so wie bisher nicht weitergehen könne. Er habe bereits Änderungsanträge gemacht, aber die seien noch auf großen Widerstand gestoßen. Er sehe auf dem Standpunkte, daß nicht zwei Beiträge gezahlt würden, daß dieselben aber nicht so verwanzt würden, daß sie der breiten Masse wieder zugute kämen. Es müsse eine Dezentralisation der Kammer eintreten und die Verantwortlichkeit mehr bei den Bezirken liegen. Von den Beiträgen dürfe nur ein Bruchteil an die Zentralbehörde gehen, das andere müsse im Bezirke bleiben. Man müsse sich freilich mit Geduld wappnen, so schnell gehe es nicht. Aber diese Stimmung gebe durch alle Kreise, nachdem die Kammer durch übermäßige Zentralisation die Führung nach unten verloren habe. Zu einer Änderung dränge auch die Frage der landwirtschaftlichen Schulen. Nachdem Herr Tögel auf verschiedene Anfragen geantwortet hatte, gab Herr Kaiser bekannt, daß bei der Landwirtschaftskammer in Meißner eine Beratungsstelle in elektrischen Fragen eingerichtet wurde, in der ein Vertreter von Großa jeden gewünschten Aufschuß gibt. Die Jahreshauptversammlung findet am 15. Dezember in Meißner statt. Als Vortragender ist der Hauptgeschäftsführer des bairischen Landbundes gewonnen worden. Der nächste Sprechtag in Wilsdruff wird im Dezember abgehalten. Mit nochmaligen Dankworten an den Vortragenden schloß der Vorsitzende den äußerst anregend verlaufenen Sprechtag.

weiterer von einem Jugandantrag, wonach im Ausperrungsgebiet der auf den 15. November fallende Steuerzahlungstermin für die Gewerbetreibenden sofort aufgehoben werden soll.

Damit schloß die Aussprache. Der kommunistische Antrag auf Aushebung des Schlichtungswesens wurde abgelehnt, ebenso gegen Kommunisten und Nationalsozialisten der kommunistische Mißtrauensantrag. Alle übrigen Anträge wurden dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Ohne Aussprache wurde dann in allen drei Lesungen angenommen das deutsch-britische Abkommen über den Rechtsverkehr eine Ergänzung zum Hager Familienrechtlichen Abkommen, das deutsch-niederländische Abkommen im Rheinisch-Westfälischen, in erster und zweiter Lesung der Gesetzgebung über die Vereinigung von Walded mit Preußen und der deutsch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag. Das Abereinkommen über die Sklaverei wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen, die Anleihebeschriftung analog ebenfalls an den Haushaltsausschuß.

Darauf vertagte sich das Haus am Donnerstag.

### Hus unlerer Heimat

Wilsdruff, am 15. November 1928.

Merkblatt für den 16. November.  
Sonnenaufgang 7<sup>19</sup> | Mondaufgang 11<sup>24</sup>  
Sonnenuntergang 16<sup>18</sup> | Monduntergang 15<sup>22</sup>  
1632: Tod Gustav Adolfs von Schweden. — 1869: Der Geschichtsforscher Hermann Duden geb.

### Gesundheit ist Lebensglück.

An der Erhaltung und Kräftigung der Volksgesundheit sind in gleicher Weise Staat und Volk, Stadt und Land, Arzt und Krankenkassen, Schule und Haus, Arbeitgeber und Arbeitnehmer interessiert. Bestrebungen zur Hebung der Volksgesundheit können aber nur dann ihr Ziel erreichen, wenn die hygienische Volksbelehrung wirklich in alle Kreise des deutschen Volkes Eingang hält und wenn ihre Lehren von jedermann weitgehend beachtet werden.

Vor mehr als zwei Jahren ist zu diesem Zweck von den

zuständigen Stellen die Reichsgesundheitswoche veranstaltet worden, die zum erstenmal die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf die Fragen und die Bedeutung von Gesundheitslehre und Gesundheitspflege hingelenkt hat. Seitdem ist von berufener Seite alles versucht worden, um diese Bewegung in Gang zu halten.

Dem gleichen Zweck dient die große öffentliche Tagung des Preussischen Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung, die am 29. November 1928 im preussischen Volkswohlfahrtsministerium abgehalten werden wird. Diese Veranstaltung ist aber nicht nur für die Bewohner Preußens, sondern für alle Deutschen wichtig. Der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirscher wird über „Die Bedeutung der hygienischen Volksbelehrung für die Volksgesundheit“, der preussische Kultusminister Dr. Veiter über „Die Schule im Dienste der hygienischen Volksbelehrung“ und Min.-Dir. Dr. Krohne über „Ziel und Zweck der hygienischen Volksbelehrung“ sprechen. Da im Anschluß daran auch eine Reihe hervorragender Vertreter von verschiedenen direkt oder indirekt an der Verbreitung hygienischer Volksbelehrung interessierten Organisationen sprechen werden, dürfte die Tagung einen machtvollen Appell an das deutsche Volk darstellen, geeignet, jedermann von der Wichtigkeit des Satzes zu überzeugen: „Gesundheit ist Lebensglück“.

Der allgemeine Bußtag in diesem Jahre fällt auf Mittwoch den 21. November, das Totenfest auf Sonntag den 25. November. Von amtlicher Seite wird schon heute darauf hingewiesen, daß Tanzveranstaltungen an öffentlichen Orten, sowie in Klümmen geschlossener Gesellschaften und in Privathäusern am Bußtag und am Totensonntage, sowie am Vorabend des Totenfestes, von nachmittags 6 Uhr ab verboten sind. Theatralische Vorstellungen, einschließlich Lichtspielaufführungen sind am Bußtag und am Totensonntage nur gestattet, sofern angemessene Entlohnung gewährt werden und namentlich die Aufführung von Spielen und ungeeigneten Lustspielen unterbleibt. Musikieren zur Unterhaltung der Gäste in den Schankwirtschaften und sonstigen, namentlich mit Musikbegleitung verbundene geräuschvolle Vergnügungen an beiden Tagen sind verboten. Dagegen können Konzerte, die dem Ernste des Tages entsprechen, am Bußtag und am Totensonntage nachgelassen werden.

# Sachsen und Nachbarland

## Antwachen der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung in Sachsen stieg vom 15. bis 31. Oktober um 7239. Auf die männlichen Arbeitslosen entfällt eine Steigerung um 7225. Die unterstützten Frauen haben in der Arbeitslosenversicherung um 27 abgenommen und in der Krisenunterstützung um 41 zugenommen. Die Steigerung der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist zwar noch sehr unbedeutend, doch ist sie ein erstes Anzeichen für die nachlassende Saisonbelegung in einigen Berufsgruppen. Spinnstoff- und Bekleidungsindustrie sind zwar unverändert aufnahmefähig; dagegen kommt in einigen Zweigen des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes wie in der Süßwarenindustrie und im Tabakgewerbe das Ende der Saison bereits fühlbarer zum Ausdruck.

Der Arbeitsmarkt der männlichen Personen steht vorwiegend unter dem Einfluß des jahreszeitlichen Rückganges der Aussenberufe. In ganz erheblichem Umfang gab die Industrie der Steine und Erden Kräfte frei und auch die Bauindustrie ist in den meisten Bezirken abgelenkt. Infolge Beendigung der Herbsterntens kommen aus der Landwirtschaft die ausbildungsweife beschäftigten Arbeitskräfte zur Entlassung, ohne daß jedoch der starke Bedarf nach Mägden für Stall- und Feldarbeit, Hausmädchen und jungen Burschen zurückgegangen ist. Im Bergbau hat sich das Bild insofern etwas gewandelt, als das Angebot an einheimischen anfassigen Kräfte gestiegen und die Nachfrage stellenweise zurückgegangen ist. In der Metallindustrie überwiegt die rückläufige Bewegung. Eine saisonmäßige Belegung erlährt teilweise das Gas- und Wasserwerk, wo sich die Winterhalbe der Gebirgsorte schon in stärkeren Ausprägungen bemerkbar macht. Der Arbeitsmarkt der kaufmännischen Angestellten wurde durch den Bedarf von Hilfskräften für die städtischen Steuerämter und zum Teil für das Weihnachtsgeschäft etwas entlastet.

Dresden. (15 Fragen der Regierung zur sächsischen Verwaltungsreform.) Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung 15 Fragen zur sächsischen Verwaltungsreform aufgestellt, mit denen sich die Landtagsfraktion beschäftigen wird. Diese Fragen betreffen eine Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten, Erlass der „Staatszeitung“ durch ein Verordnungs- und Nachrichtenblatt, Abstandsnahme von einer Drucklegung der Verhandlungen des Landtages, zwei- bzw. dreijährige Eisperioden, Einspruchsrecht der Regierung gegen vom Landtag beschlossene Ausgabenänderungen des Haushaltes, Verlingerung der Ministerien und Ministerposten, Wegfall der fünf Kreisoberhauptmannschaften und deren Erlass durch drei Verwaltungsgerichte und dergleichen.

Frauenstein. (Zwischenfall bei einer Beerdigung.) Auf dem Friedhofe zu Frauenstein wurde am Dienstag nachmittag der im Alter von 74 Jahren gestorbene Obermeister der Tischlerinnung Oskar Schmidt unter großer Beteiligung beerdigt. Als der Sarg in das Grab gesenkt werden sollte, rutschte einer der Träger infolge plötzlichen Nachgebens des Erdreiches ab und fiel in das Grab hinein. Und hinter ihm her kam auch der Sarg nachgerollt. Nennenswerten Schaden hatte der Träger bei dem Sturz in das Grab nicht erlitten, er konnte sogar bei der erneut vorgenommenen Einsetzung wieder mitwirken.

Glauchau. (Austritt aus dem Weiserberg-Mühlhäger Schützengau.) Am Montagabend hielt die hiesige priv. Schützengesellschaft im „Goldenen Glas“ ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Neben verschiedenen Eingängen und Mitteilungen stand der von einer größeren Anzahl Mitgliedern beantragte Austritt aus dem Weiserberg-Mühlhäger Schützengau zur Beschlussfassung. Nach längerer reißender Durchsprache dieser Angelegenheit beschloß die von 37 Mitgliedern besuchte Hauptversammlung diesen Austritt aus dem Gau mit 32 Stimmen; nur 5 Mitglieder stimmten dagegen. Die „Mühlhäger Nachrichten“ fügen hinzu: Wenn wir wir vernehmen, nur noch eine Schützengesellschaft aus dem Mühlhäger Gau angehöre und ebenfalls aus gewissen Gründen an den Austritt denkt, dürfte der Gau wohl auch seinen Namen etwas ändern und das „Mühlhäger“ nicht für sich beanspruchen können. (Daß die Gauänderung eine Notwendigkeit war, und daß die Gauänderung nicht schlecht fahren, ist erwiesen, letzteres auch durch den Wiedertritt einer ausgetretenen Gesellschaft. Aber die Mühlhäger-Befehlshaber sind besonders eingestellt, daß der Austritt vielleicht doch die beste Lösung ist.)

Kamenz. Bei dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Errichtung eines Volkshauses in hiesiger Stadt — als der Geburtsstadt des großen Dichters und Denkers Gotthold Ephraim Lessing — erhielten die Architekten B. D. A. Brüderer Riebling in Köhlitzschbroda - Dresden den ersten Preis.

Großröhrsdorf. Eine stattliche Gemeinde von Kunstverständigen und Freunden hatte sich am vorigen Montag im großen Saale der Dresdener Kaufmannschaft (Ulra-Allee Dresden) eingefunden, um dem ersten öffentlichen Auftreten eines überaus strebsamen und begabten jungen Künstlers, Willy Paul Menzel, eines Sohnes unserer jungen Stadt, anlässlich zu lauschen. In überreicher Fülle bot uns der jugendliche Opernsänger (vorher Bariton) Lieber von Stubert, Schumann, Brahms, Trum und Rich. Strauß, alle überaus innig und ausdrucksvoll und mit guter Textausprache vorgetragen. Infolge des lebhaften und reichen Beifalls wiederholte er einige Lieder und verstand sich noch einigen Fingern zu Liedergaben von dem Münchner Tonmeister Rich. Trum. Sein Begleiter am Klavierlag Josef Goldstein von der Staatsoper verstand es in hohem Maße, auf die Eigenart der Tonmeister wie auch des jungen Künstlers feinsinnig einzugehen.

Chemnitz. (Maul- und Klauenseuche.) Auf dem Chemnitzer Schlacht- und Viehhofe ist unter den Schweinen aus Schleswig-Holstein die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Waldau. (Die Unterschlagungen im Arbeitsamt.) In der Bezirksversammlung der Amtshauptmannschaft Rochitz wurde über die von dem bisherigen Leiter des Arbeitsamtes, Dr. Herder, begangenen Unregelmäßigkeiten Mitteilung gemacht; ihre Höhe wird vorläufig mit etwa 19 000 Mark beziffert.

Zwickau. (Verurteilung eines Räuberpaars.) Der 19 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Hanschke aus Zick, der vor einem Jahre den Gutsherrn Zimmermann aus Oberlungwitz geraubt und schwer mißhandelt hatte, wurde zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Mitschuldige, die 23jährige Wirtschaftsgehilfin Taube, erhielt wegen einfachen Raubes 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

## Fördert die Ortspresse

Zwickau. (Das Urteil im Mordprozeß Paris.) Im Zwickauer des Staatsanwaltes beantragt dieser sieben Jahre Zuchthaus wegen Totschlags. Die Verteidigung hält lediglich gefährliche Körperverletzung mit tödlichem Ausgange für erwiesen. Das Urteil lautet: Drei Jahre Zuchthaus wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft. Auf die beantragte Aberkennung der Ehrenrechte kam das Gericht nicht zu.

Plauen. (Das Urteil im Mordprozeß Berger-Müller.) Im Mordprozeß Berger-Müller hat der Vorsitzende des Schwurgerichts Plauen folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte Berger und die Angeklagte Müller werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden auf die Staatskasse übernommen. Der gegen den Angeklagten Berger erlassene Haftbefehl wird aufgehoben. Das Gericht hat nicht feststellen vermocht, in welcher Weise die Frau Berger überhaupt ums Leben gekommen ist, niemand weiß, ob denn auch wirklich Berger eine Gewalttat begangen hat. Aus allen diesen Unsicherheiten heraus mußte das Gericht dem Vergei gegenüber zu einem Freispruch kommen. Da die Begehung der Haupttat nicht als erwiesen angesehen wurde, so konnte natürlich auch von einer Beihilfe nicht die Rede sein und sinngemäß mußte auch die Angeklagte Müller freigesprochen werden.

Greiz. (Autos abblendend.) Schon wieder hat sich auf der Landstraße Elsterberg-Greiz ein schweres Autounfall zugetragen. In der Nacht stieß ein Greizer Opel-Limousine in der Nähe von Schönbad gegen einen Baum und wurde total zerrümmert. Die Ursache war, daß ein von Greiz kommendes Auto nicht abgeblendet war, wodurch der Autolenker, ein Kaufmann Opel aus Greiz, geblendet wurde und die Richtung verlor. Alle drei Insassen erlitten Verletzungen und mußten nach Greiz gebracht werden, einer von ihnen ins Krankenhaus. Die Schuld an dem Unfall trägt das aus Greiz kommende Auto, das unerkannt entkam.

Altenburg. (Die Parteienzerpflüderung im Bürgertum.) Die Parteienzerpflüderung im Bürgertum ist bei der kommenden Stadtratswahl größer als im letzten Stadtratskollegium. Während bisher vier Parteien (zwei bürgerliche und zwei Linksparteien) im Kollegium vertreten waren, sind jetzt sieben Wahlvorschläge zur Stadtratswahl eingereicht. Die bürgerlichen Parteien erscheinen mit fünf Listen. Außer den bisher im Stadtrat vertretenen Parteien, den Vereinigten Bürgerlichen und den Demokraten, haben der Haus- und Grundbesitzerverein, der Sparerbund und die Nationalsozialistischen Wahlvorschläge angefechtet. Damit sind auch die Aussichten, die Linksmehrheit zu brechen, geringer geworden.

## Mobilisierung der Kriegsschadensforderungen.

Der Deutsche Sparfassen- und Giroverband, Berlin, hat sich bereit erklärt, durch die Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — und die ihm angeschlossenen Gelddankstellen im Rahmen der verfügbaren Mittel die Prozentigen Reichsschuldbuchforderungen, die auf Grund des Kriegsschadenschlußgesetzes bereits ins Reichsschuldbuch eingetragen sind, und die bis zum 31. März 1933 zur Rückzahlung fällig werden, anzukaufen. In Chemnitz ist der Chemnitzer Girobank Kommanditgesellschaft, Chemnitz, Poststraße 17, der Ankauf übertragen worden, der nur im direkten Verkehr mit den Entscheidungsinstituten Ausschaltung jeder Vermittlung vorgenommen werden darf. Aber die weiteren Bestimmungen und insbesondere die amtlich festgesetzten Ankaufskurse kann die Chemnitzer Girobank Komm.-Ges. Austunft erteilen.

## Viel Lärm um nichts!

Die Einwohnerschaft in Pilsnitz wurde kürzlich in große Unruhe versetzt, weil man dort eine achtjährige Schülerin vermißt. Das Kind war gegen drei Uhr nachmittags noch im Orte gesehen worden und seitdem spurlos verschwunden. Als es auch am Abend nicht nach Hause zurückkehrte, verständigte man die zuständige Gendarmerie. Gemeinsam mit den Lokalen Eltern und hilfsbereiten Nachbarn, die sich mit Laternen betrauten, wurde das Gelände bis tief in die Nacht hinein abgesucht, ohne jedoch eine Spur von dem Kinde zu finden. Da nun eine Frau in verdächtiger Weise von einem unbekanntem Mann angesprochen worden war, dessen Äußerung in Beziehung zum Verschwinden des Mädchens zu stehen schien, konnte mit einem Verbrechen gerechnet werden. Es wurde deshalb am Montag früh in der zweiten Morgensunde die Mordkommission des Dresdener Kriminalamtes herbeigerufen. Mit Unterstützung von Gendarmeriebeamten und Spürhunden wurden die nahen Waldungen erneut abgesucht, doch ebenfalls ohne Erfolg. Als dann schließlich beim Morgengrauen die Suche mit Unterstützung eines Überfallkommandos und der Pilsnitzer Feuerwehr, die sich in sehr anerkennenswerter Weise freiwillig zur Verfügung gestellt hatte, fortgesetzt werden sollte, traf bei den Eltern die erfreuliche Nachricht ein, daß sich ihr Kind wohlbehalten bei einer Bauernfamilie in Krieschendorf aufhalte. Das Kind hatte, ohne seinen Eltern oder Großeltern hiervon etwas zu sagen, allein einen Spaziergang gemacht und war schließlich bei dieser Familie angekommen.

## Zum Arbeitskonflikt in der Leipziger Tuchindustrie

Unter Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit einer Einigung hatte das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu nachmaligen Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches vom 27. September betreffend Mehrarbeit in der Leipziger Tuchindustrie gebeten. Die Verhandlungen scheiterten sofort, nachdem die Arbeitnehmer kategorisch erklärt hatten, daß sie nicht gewillt seien, von Partei zu Partei über die Mehrarbeitszeit zu verhandeln, es sei denn, daß die Arbeitgeber sich sofort bereit erklärten, in Verhandlungen über die Lohnhöhe einzutreten. Wie von Arbeitgeberseite erklärt wird, ist auf die Kündigung des bis 5. Dezember laufenden Lohnabkommens durch die Arbeitgeber hin von den Gewerkschaften eine Forderung auf Lohnerhöhung von 18 bis 20 Prozent eingegangen. Die Arbeitgeber hätten zu den Forderungen noch nicht Stellung genommen.

## Tagungen in Sachsen

### Sächsische Landesgeflügelausstellung.

Von Freitag, den 16. bis Sonntag, den 18. November, findet im Ausstellungspalast zu Dresden die 9. Sächsische Landesgeflügelausstellung des Landesverbandes Sächsischer Geflügelzüchtervereine als 62. Dresdener Geflügelshow des 1. Dresdener Geflügelzüchtervereins, verbunden mit zahlreichen Sonderausstellungen der beteiligten Spezialclubs, statt. Die Schau, die eine Beschäftigung von 3000 Tieren aufweist, und der eine Industrieanstellung angegliedert ist, wird Freitag 12 Uhr durch Staatsminister Dr. Arug von Ribba und von Falkenstein eröffnet.

Widdigen, ein Heldenschiff. Ein hohes Lied von Widdigen bis zum Tode singt der große waldländische Film, der in dieser Woche in den Schützenhaus-Sichtspielen gezeigt wird. Prächtige Bilder veranschaulichen das Leben unserer letzten Abenteurer. Die Schlacht an der Doggerbank erstreckt im Bild. Ein deutscher Kreuzer versinkt, ein U-Boot wird torpediert, aber auch feindliche Torpedoboote sinken in die Tiefe. Monate später. Am Horizont tauchen die Silber unzähliger Panzerschiffe auf. Die Hoffnung eines jeden U-Boot-Kommandanten, sie anzuweisen, erfüllt sich für Widdigen. Doch ein Unstern ist über dem Boot. Der erste Schuß geht fehl und schließlich jagt schneidend der Ries eines großen Panzers über das kleine Boot und vernichtet es. Mit Widdigen und seiner tapferen Mannschaft findet der Hochseefahrer Dietrich den Heldentod. Dessen rührende Liebesgeschichte bildet den Rahmen des prächtigen Films, der alle Kinohausbesucher zum Besuch veranlassen sollte.

Der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein hält am Montag nachmittag 4 Uhr im „Ablen“ eine Sitzung ab, in der Fräulein P. J. A. G. H. B. in einem Vortrag über „Die Vorteile des Einkaufens von deutschem Garn“ hält.

Chormeisterkurse. Das neueste Heft des Zentralorgans des Deutschen Sängerbundes, die „Deutsche Sängerbundzeitung“, gibt einen ausführlichen Bericht über den im Oktober veranstalteten Chormeisterkursus, der, wie alljährlich, in Berlin stattfand. In ihm vereinigten sich über 40 Chormeister des Deutschen Sängerbundes und des Arbeiter-Sängerbundes. Zweck des Kurses ist, ausgearbeiteten Dirigenten, die bereits über Kenntnisse des Chorwesens in Praxis und Theorie verfügen, durch anerkannte Dozenten Anregungen geben zu lassen, die die Kurssisten in ihren Heimatsbezirken ausbauen und weiter vertiefen sollen. Man erhofft von dieser Einrichtung eine segensreiche Wirkung auf die Arbeit der deutschen Chormeister.

Störungen des Empfangs vom Deutschlandsender auf Welle 1648,3 Meter. Das Reichspostministerium teilt mit: „Die über den Deutschlandsender zu verbreitenden Darbietungen werden seit einiger Zeit außer auf der 1250-Meter-Welle noch ab 15 Uhr auf der 1648,3-Meter-Welle ausgestrahlt. Auf der 1250-Meter-Welle arbeitet der alte Deutschlandsender (3 MW Antennenleistung), auf der 1648,3-Meter-Welle der neue Deutschlandsender (2 MW Antennenleistung). Beim Empfang der Darbietungen auf der 1648,3-Meter-Welle sind vielfach Störungen durch Überlagerung von Sendern, die auf Welle 1680 Meter arbeiten, aufgetreten. Unter anderem wurden diese Störungen durch den dänischen Sender Kalmundborg verursacht. Kalmundborg besitzt jedoch seit einigen Tagen die 1680-Meter-Welle nicht mehr, er sendet wieder auf seiner eigenen früheren Welle 1683,3 Meter. Es muß jedoch damit gerechnet werden, daß sich auf der 1648,3-Meter-Welle noch weiterhin Störungen durch andere Sender, die die 1680-Meter-Welle benutzen, bemerkbar machen. So sendet z. B. der 15-MW-Sender Charlottow zurzeit noch auf der 1680-Meter-Welle. Wegen Abstellung dieser Störungen sind Schritte unternommen. Bis auf weiteres wird es deshalb bei der Ausstrahlung der über den Deutschlandsender zu verbreitenden Darbietungen auf den Wellen 1250 Meter und 1648,3 Meter verbleiben.“

Kleiner Rückgang der sächsischen Amerikaausfuhr. Wie wir erfahren, hat sich die Ausfuhr aus dem Freistaat Sachsen (mit Ausnahme der Leipziger Kreisbahnhauptmannschaft) nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Oktober etwas verringert; sie betrug sich auf nur 2 551 247 Dollar gegen 2 682 495 Dollar im September. Den größten Posten in der Ausfuhr bildeten baumwollene Kleidungsstücke mit 582 804 Dollar, dann folgten Baumwollwaren mit 308 905 Dollar, Textilmaschinen mit 270 290 Dollar, und baumwollene Strumpfwaren mit 219 268 Dollar. Leberwaren wurden im Werte von 20 848 Dollar ausgeführt, andere Waren in kleineren Beträgen.

Turnbad. (Turnverein.) Am vergangenen Sonntag konnte der hiesige Turnverein D. T. in Bobrs Gasthof seinen 15. Geburtstag feiern. Der Saal prunkte im herrlichen Festgewande. Mitglieder und Gönner des Vereins hatten sich zahlreich eingefunden. Unter anderem konnte der Vorsitzende, Turnvereinsmeister Paul Kästner, unter den Gästen auch den Bezirksbeauftragten Otto und den Bezirksvertreter Lorenz willkommen heißen. Zur Tafelmusik hatte man die Stadtkapelle Wilhelms gewonnen, die unter Musikmeister Philipps vortrefflicher Stadtleitung einen wirklichen Kunstgenuss bot. Bezirksbeauftragter Otto und Bezirksvertreter Lorenz brachten im Namen des Gaus und des Bezirkes die besten Glückwünsche dar. Der Turnverein (D. T.) Wilsdruff brachte seine Glückwünsche durch ein Telegramm zum Ausdruck. Das von einigen Mitgliedern des Vereins verfaßte Festlied rief allgemeine Heiterkeit und Beifall hervor. Die Kölschführer überreichten dem Verein zum Abschied an das 14. Deutsche Turnfest eine herrliche Fahnenfahne. Ebenso übergab die aktive Turnerschaft einen Einspruch. Inhalt: „Wir wissen nichts von arm und reich, von Gut heißt Vaterland“, in die Obhut des Vereins. Hierauf zeigten die Turnvereinsmitglieder einige erhaltene Hochbarren und die Turnvereinsmitglieder führten Volkstänze vor. Nachdem alle waren noch lange beisammen und es mögen wohl die frühen Stunden verfliegen. Zum Schluß muß gesagt sein, daß der hiesige Turnverein in turnerischer wie in geselliger Beziehung einen vollen Erfolg erlangt hat, und daß die Familie Bobr Mühe und Mühen nicht gekostet hat, um alle Teilnehmer recht zufrieden zu stellen.

Scharfenberg. (Ortsbeleuchtung.) In letzter Stunde, also kurz vor dem Winter, während dem die Beleuchtung auch meine die Beleuchtungsanlage übergeben und in Betrieb genommen. Ingesamt sind 22 Brennstellen installiert worden. Man muß sich den Vorteilen der Straßenbeleuchtung erst bewußt, wenn man sich den Vorzügen der Straßenbeleuchtung im Dunkeln geföhnt hat.

## Vereinskalender.

Ortsrat Wilsdruff des Deutschen Beamtenbundes, 15. November, Vortragabend im „Löwen“. Frauenverein, 16. November im „Ablen“ Vortrag. Vergütungsausschuß. Antea. Sonntag den 18. November im „Ablen“ Lieber- und Theaterabend. Landwirtschaftlicher Hausfrauenverein Wilsdruff, 19. November.

## Wetterbericht

Während der letzten Bewölkung, im späteren Verlauf strichliche Regen, Hochland mild, Gebirge noch Wärmegrade, Witterung bis westliche Winde, Gebirge ziemlich lebhaft.

# Börse - Handel - Wirtschaft

**Amliche Berliner Notierungen vom 14. November.**  
 Börsenbericht. Tendenz: Befestigt. Die Börse eröffnete zurückhaltend und unsicher, doch war die Tendenz im allgemeinen behauptet und die Grundstimmung nicht unzufrieden. Das Geschäft war wesentlich ruhiger, da die Spekulation zunächst mehr zu Abgaben geneigt war. Dagegen hatte das Ausland größere Kaufaufträge erteilt. Die Kursfestsetzung war nicht ganz einheitlich, die allerdings geringfügigen Kursrückgänge überwogen. Am Geldmarkt ist eine leichte Verfestigung eingetreten, die den Satz für Tagesgeld auf 5,5-7,5 Prozent anziehen ließ, dagegen blieb der Satz für Monatsgeld mit 7,75-8,75 und für bankirte Warenwechsel mit 6 1/2 Prozent unverändert. Im Verlaufe machte die Befestigung weitere Fortschritte.

**Devisenbörse.** Dollar 4,19-4,20; engl. Pfund 20,33 bis 20,37; holl. Gulden 168,31-168,65; Danz. 81,29-81,45; franz. Franc 16,37-16,41; Schweiz. 80,72-80,88; Belg. 58,27-58,39; Italien 21,96-22,00; schwed. Krone 112,10-112,32; dän. 111,77 bis 111,99; norweg. 111,77-111,99; tschech. 12,43-12,45; österr. Schilling 58,92-59,04; poln. Klotz (nichtamtlich) 46,97-47,17; Argentinien 1,76-1,77; Spanien 67,57-67,71.

**Produktenbörse.** Die landwirtschaftlichen Ernteschätzungen lauteten mit etwa 500 Millionen Bushels erheblich niedriger, als bisher angenommen wurde. Dieser Umstand löste in Amerika, England und schließlich auch am hiesigen Markt eine Befestigung der Preise für Weizen aus. Die erhöhten Ankaufsurufe am Lieferungsmarkt hielten sich im Verlaufe Roggen wurde von Weizen mitgezogen. Kleine Exportgeschäfte sowie vereinzelt Bedungen waren für hier die Nebengründe der Wertsteigerung. Inlandsangebot ausreichend, aber mäßig. Hafer in geringer Ware reichlich zur Stelle, gutes Material gesucht und teuer. Mais still. Billige Roggenmehle an der Küste beachtet. Sonst still.

**Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.**

	14. 11.	18. 11.		14. 11.	18. 11.
Belg. märk. pommerisch	210-218	209-212	Weizfl. f. Br.	14,8	14,8
Roggen märk. pommerisch	301-304	300-308	Roggl. f. Br.	14,7	14,8
westpreuß.	—	—	Naps	340-350	340-350
Wintergerste	202-210	—	Leinsaat	—	—
Sommergerste	—	—	Bitt.-Erbsen	44,0-53,0	44-53
Hafer märk. pommerisch	197-206	197-206	fl. Speiserbs.	—	—
westpreuß.	—	—	Futtererbsen	—	—
Weizenmehl p. 100 kg. fr.	—	—	Welschen	—	—
Bin. br. infl. Sad (feinst)	—	—	Ackerbohnen	—	—
Mrt. u. Rot.	26,2-29,7	26,2-29,5	Widen	27,0-29,5	27,0-29,5
Roggenmehl p. 100 kg. fr.	—	—	Lupin, blaue	—	—
Berlin br. infl. Sad	25,5-28,7	25,5-28,6	Lupin, gelbe	—	—
			Serabella	—	—
			Rapsfuchen	19,8-20,2	19,8-20,2
			Leinsuchen	24,6-24,8	24,6-24,6
			Trockenschl.	14,2-14,5	14,2-14,5
			Sons-Schrot	22,0-22,7	22,0-22,7
			Zotmil.30/70	—	—
			Startoffelsid.	19,9-19,7	19,9-19,7

# Anzeigen bringen Gewinn!

**Amliche sächsische Notierungen vom 14. November.**

Dresden. Die Börse zeigte anfänglich keine einheitliche Tendenz, doch überwog schließlich eine freundliche Stimmung die sich auf fast alle Marktgebiete erstreckte. Größeres Interesse bezeugte der Effektenmarkt. Von Dividendenpapieren standen die Freigabe- und Photopapier-Aktien im Vordergrund des Interesses. Es blieben Dresdener Album-Aktien um 29, Genussscheine um 4, Ber. Photo-Aktien um 12, Genussscheine um 9, Dr. Kurz-Genussscheine um 6, Aktien nachbörlich um 6 Prozent. Dagegen blühten Ber. Baupener 2,5 und Vöge-Stammaktien 1 Prozent ein. Von Bankaktien notierten Leipziger Hypothekendarf 2,5, Braubant 3,5 und nachbörlich weitere 1,5, Reichsbant 1,5, nachbörlich weitere 2,5 Prozent höher. Von den Rasfinenaktien erzielten Sachsenwert einen Gewinn von 3,75 und nachbörlich einen weiteren von 1,5 Prozent. Von Braueraktien lagen höher Berliner Rind um 5 Prozent, von den übrigen gingen die Kursveränderungen nach oben wie nach unten nicht über 2 Prozent hinaus. Weiter gewonnen Glasfabrik Brodowig und Heiden 2,25 Prozent, während Gebr. Hörmann 3 und Kahla 2 Prozent verloren.

Leipzig. An der Börse war die Tendenz uneinheitlich. Die Umsätze hielten sich in engen Grenzen. Niedriger lagen Stroh um 4, Norddeutsche Wolle um 3, Norddeutscher Lloyd um 2,5 Prozent. Fester lagen Sachsenwert und Polyphon. Abfahrschuld ohne Ablosungsrecht notierte etwas fester mit 14,5 Prozent. Im Freiverkehr traten keine Veränderungen hervor.

Chemnitz. Die Börse verkehrte in ziemlich ruhiger Haltung. Nach anfänglichen Schwankungen stellte sich zum Schluss heraus, daß sich Kurssteigerungen und Zurücksetzungen die Waage hielten. Für Dürfeld bestand für plus 3 Prozent Nachfrage. Chemnitzer Spinner stiegen um 2,5, Bant für Brauindustrie um 4,5 Prozent, Kappel dagegen verloren 4 Prozent. Im Freiverkehr wurden genannt Baumwollspinner Selena 17,5, Bant für Handel und Verkehr 14,3, Bant für Mittelfachen 12,5, Kamagran Silberstraße 104, Weistaler Spinner 101, Hiltmann u. Lorenz 9,5, Mahler u. Gräfer 80, Säch. Füll 76 Prozent.

**Chemnitzer Produktenbörse.** Weizen, inf., 76 Rg. 214 bis 220; Roggen, sächs., 72 Rg. 213-215; Sandroggen 72 Rg. 215 bis 220; Sommergerste 250-260; Wintergerste 220-230; Hafer 220-230; Mais für Futterzwecke 223-228; Mais Cinguantin für Futterzwecke 245-255; Weizenmehl, 70proz., 36,50; Roggenmehl, 60proz., 33,50; Weizenkleie 15, Roggenkleie 15; Weizenheu (drahtgepr.) 15; Weizenheu (lose) 14; Getreidestroh (drahtgepr.) 4,50.

Die heutige Ausgabe unserer Zeitung umfaßt 8 Seiten

Verlag und Druck: Buchdruckerei Arthur Schanke, Verlagsleitung: Paul Kumborg. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Köffig, für Anzeigen und Reklamen: A. Hömer, sämtlich in Wilsdruff.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 15. November

Antrieb	Wertklassen	Preise f. 1 Stk in Goldmark für Lebendgewicht
23 A.	Döfchen. a) Vollfleisch, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 1. junge	
	2. ältere	
	b) sonstige vollfleischige 1. junge	
	2. ältere	
	c) fleischige	
25 B.	Bullen. a) jüngere vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	
	c) fleischige	
	d) gering genährte	
47 C.	Rühe. a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes	
	b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	
	c) fleischige	
	d) gering genährte	
D.	Färsen (Kalbinnen). a) vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes	
	b) sonstige fleischige	
E.	Greffer. Mäßig genährte Jungochsen	
621 II.	Kälber. a) Doppellenber b. Raß	70-77 (119)
	b) beste Raß- und Saugfälsber	60-68 (107)
	c) mittlere Raß- und Saugfälsber	55-60 (104)
	d) geringe Kälber	
	e) geringste Kälber	
281 III.	Schafe. a) Beste Raßlämmer und jüngere Raßhämmer 1. Weidenmaß	83-84 (104)
	2. Stallmaß	80-82 (104)
	b) mittl. Raßlämmer, ältere Raßhämmer und gutgenährte Schafe	77-79 (101)
	c) fleischige Schafschaf	
	d) gering genährte Schafe und Lämmer	
484 IV.	Schweine. a) Fetttschweine über 300	
	b) vollfleisch. Schweine von 240-300	
	c) vollfleisch. Schweine von 200-240	
	d) vollfleisch. Schweine von 100-200	
	e) fleischige Schweine von 120-160	
	f) fleischige Schweine unter 120 Pfd.	
	g) Sauen	

Ueberständler: 57 Rinder, davon 13 Döfchen, 17 Bullen, 27 Kühe, 167 Schafe. — Geschäftsgang: Kälber langsam, Schweine mittel.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtszuwachs ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise.

**Dank.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme durch Blumenschmuck, Schrift und Geleit beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Groß- und Schwiegervaters, des Herrn  
**Paul Oswald Schmidt**  
 danken wir hierdurch herzlichst. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Luthardt für die trostreichen Worte, dem Militärverein für das ehrenvolle Geleit, sowie der Schwester Linda für die liebevolle Pflege.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
 Grumbach, den 13. November 1928.

**Liedertafel.**  
 Anschließend a. Singelund-Vorstande u. Vergnügungs-Ausschuß — Wichtig.  
**Meine Spezialität!**  
  
 garniert und ungarneiert empfiehlt  
**Johannes Breuer,**  
 Dresdner Straße 60

Unserer geehrten Kundschaft von Stadt und Land zur gefälligen Kenntnis, daß wir zur Aufgabe unseres Geschäftes gezwungen wurden und ein anderer Geschäftsraum nicht zu finden war, befindet sich unser Geschäft von heute ab vorläufig  
**im Hausflur des Schuhwarenhauses H. Nowotnik am Markt**  
 direkt neben dem Rathaus. Indem wir für das uns entgegengebrachte Vertrauen danken, bitten wir, uns dasselbe auch ferner bewahren zu wollen.  
 Hochachtungsvoll  
**Gärtnerei und Blumengeschäft Fa. Aug. Zimmermann.**  
 Wilsdruff, am 15. November 1928.

**Bindenschlößchen-Lichtspiele**  
 Donnerstag, Freitag u. Sonnabend abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 1/3 Uhr  
 Der grosse Lachschrager mit Reinhold Schünzel  
**Der Himmel auf Erden**  
**Das bekannt grosse Beiprogramm!**

**Staublauger zu verleihen**  
 pro Stunde 50 Pfg.  
**Albert Rantf**  
 Wilsdruff, Dresdn. Str. 218

**Schützenhaus-Lichtspiele**  
 Ab heute Donnerstag bis Sonntag  
  
**U9**  
**Weddigen, ein Heldenschicksal**  
 in 6 spannenden Akten.  
 Dazu das große Beiprogramm

Wollen Sie einen wirklich erstklassig sitzenden  
**Delz-Mantel-Jacke-Kragen**  
 der Ihnen in Qualität und Preis sagt, so dürfen Sie den Weg zu  
**Rudolf Springsklee,**  
 Kürschnermeister gegründet 1850  
**Wilsdruff**  
 Markt Nr. 7 Fernsprecher 560  
 nicht scheuen. Sie werden über die Fülle und Preiswürdigkeit des botenen überrascht sein.

**Landwirtschaftl. Hausfrauen-Berein Wilsdruff.**  
 Montag den 19. November, nachmittags 4 Uhr im Weißen Adler  
 Vortrag von Hrl. Pfingsthorst über:  
**Die Vorteile des Einkaufes von deutschem Garn.**  
 Die Vorhände.

Jüngerer **Hausmädchen**  
 für sofort gesucht.  
**Schützenhaus Wilsdruff**

Von Herrschaften wenig getragene **Anzüge und Wintermäntel** von 10 Rl. an  
**Hosen** von 3 Rl. an  
 einzel. **Jaketts** v. 3 Rl. an  
**Westen** von 1 Rl. an  
 getr. **Joppen** v. 10 Rl. an  
**Gummimantel** von 10 Rl. an  
**Neue Schwedenmäntel**  
**Polypaletots** sowie  
**Anzüge in Garbadine** usw.  
**Neue Militärhosen**  
**Grecheshosen** aller Art  
 zu staunend billigen Preisen  
 5% Rabatt gegen Vorzeigen d. Anzeiger  
 Nur bei  
**Langer, Dresden,**  
 Hemmingsstraße Nr. 5.  
 Bitte genau auf Nr. 53 achten

**Junger Handlungsgehilfe**  
 für sofortigen Antritt gesucht. Ausführliche Bewerbungen unter 3827 an die Gesch. d. Blattes  
 Bedeutende leistungsfähige  
**Weizen- und Roggen-Grossmühle**  
 sucht Verbindung mit angelegener und bekannter Lebensmittel- und Mehlgroßhandlung oder kleinerer Mühle, der gegen entsprechende Sicherheiten Kontraktlager gestellt werden soll. Es wollen sich nur bestempfohlene Firmen melden. Offerten u. Z. S. 7747 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Kuh**  
 hochtragend od. neu melkend, unter achten die Wahl, zu verkaufen.  
**Oswald Starke**  
 Herzogswalde Nr. 78  
**Wagen, Feimenz, Waggon**

2 freundliche leere  
**Zimmer**  
 von jungem Ehepaar zu mieten gesucht. Werte Pferden unter 3810 an die Geschäftsstelle des Blattes  
**Meißner Pfandhaus**  
 Görnische Gasse 2

Echt nur mit **Sie füttern richtig, wenn Sie als Weisfütter "Zwerg-Marke"** verwenden. Sie schafft Höchstleistungen! Schützt vor allen Knochenkrankungen! Kost 20000 Mark. Man verlange unseren neuen "Ratgeber" gratis.  
**Chem. Fabr. m. b. H., M. Brockmann**  
 Leipzig-Centr. 64 g

**Die älteste Rosschlächterei,**  
 Speisewirtschaft, Pferdegeschäfte im Plauenischen Grumbach.  
 Inhaber:  
**Kurt Stiering, Potschapp.**  
 Tharandter Straße 25, Fernruf Amt Dresden 151  
 Kausfluß auch nachts  
 kauft laufend Schlachtpferde zu allen höchsten Tagespreisen.  
 Bei Unglücksfällen sofort Tag und Nacht mit Transportgehirn zur Stelle.

**Jetzt ist die beste Zeit, mit der Weihnachts-Reklame zu beginnen**

Tagespruch.

Ich, wenn in unserer engen Zelle die Lampe freundlich wieder brennt, dann wird's in unserem Busen helles, im Herzen, das sich selbst erkennt.

Goethe.

Englisch-französische Rüstungstreiberereien.

Das Unrecht gegen Deutschland im Unterhause. Lloyd George brachte im Unterhause den Misstrauensantrag der Liberalen Partei gegen die Regierung wegen des englisch-französischen Marinekommisses ein.

Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat, haben die Alliierten die ihren nicht erfüllt. Die Franzosen wünschen Sicherheit, aber sogar dann, wenn Frankreich, Großbritannien und alle anderen Mächte ihre Rüstungen auf den Stand Deutschlands herabdrücken.

Steigerung der Rüstungen. Die Rüstungen Frankreichs und Italiens sind seit Locarno verstärkt worden. Lloyd George verbreitete sich weiter über die ungerechte Behandlung Deutschlands durch England-Frankreich und die geradezu unbeschränkbare völlige Entwaffnung im Deutschen Reich.

Das Drama auf dem Meere. Wie die „Vestris“ unterging. Nach den letzten Meldungen der an der Rettung der Schiffbrüchigen der „Vestris“ beteiligten Schiffe ergibt es sich leider, daß die Zahl der noch Vermissten wesentlich größer ist, als bisher angenommen wurde.

Das Volksbegehren des Stahlhelms.

Zwei Forderungen. Der Stahlhelm hielt in Magdeburg bei der zehnten Wiederkehr seines Gründungstages eine Versammlung ab. In einer programmatischen Rede gab der Bundesführer des Stahlhelms die Forderungen bekannt, die in dem demnächst einzuleitenden Volksbegehren des Bundes gestellt werden.

Der Stahlhelm will sich auf diese beiden Punkte zunächst beschränken, später aber mit weiteren Wünschen an die Öffentlichkeit treten, so vor allem mit demjenigen eines Oberhauses als Ergänzung des Reichstages.

Die Berliner Nachtigall

Familienroman von Elisabeth Ney

Copyright by Martin Fechtwanger, Halle (Saale)

„Zimmer und immer wieder mußte sie sich fragen, wie das alles enden sollte. Was würde Helmar von ihr denken, und wie sollte sie ihm morgen gegenüber treten?“

Die neuen Nobelpreisträger.

Der Chemiepreis für zwei deutsche Gelehrte. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1927 dem Professor an der Universität München Heinrich Wieland und den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1928 dem Professor Adolf Windaus an der Universität Göttingen zuerkannt.

Heinrich Wieland ist ordentlicher Professor für Chemie und Direktor des chemischen Staatslaboratoriums in München. Er gehört zu den bedeutendsten Vertretern der biologischen Chemie.



Prof. Windaus, Göttingen.

Prof. Wieland, München.

Das Drama auf dem Meere.

Wie die „Vestris“ unterging.

Nach den letzten Meldungen der an der Rettung der Schiffbrüchigen der „Vestris“ beteiligten Schiffe ergibt es sich leider, daß die Zahl der noch Vermissten wesentlich größer ist, als bisher angenommen wurde.

Es besteht die schwache Hoffnung, daß einige von ihnen von kleineren Schiffen, die keine Radioanlage haben, aufgenommen worden sind.

Der „Vestris“ herrscht Ungewißheit. Einigen Nachrichten zufolge wurde er gerettet, während ein Mitglied des argentinischen Konsulats in Newyork, das selbst als einer der letzten von dem reich sinkenden Dampfer absprang, ihn noch auf dem Bruch gesehen haben will.

Das Schicksal der 20 Kinder ist unbekannt.

Außerdem fehlen von 37 Frauen 27. Man glaubt, daß ein vollbesetztes Rettungsboot von der untergehenden „Vestris“ mit in die Tiefe gerissen wurde.

acht Boote und ein Rettungsfloß.

von der „Vestris“ losgekommen seien und ein Boot kenterte. Elf Tote dieses Bootes seien gefischt worden.

wurde, war der Vater urplötzlich einem Schlaganfall erlegen.

Gottlob hatte er nicht mehr erleben müssen, daß der Sohn zur Strafe anderthalb Jahr ins Zuchthaus wandern mußte; die gute, sanfte Mutter aber hatte sich darüber zu Tode gegrämt.

Im Zeitraum eines halben Jahres war die achtzehnjährige Miriam Volkswaise geworden.

Sie mußte aus dem kleinen Heimatstädtchen fort, mußte ihre kühnsten Träume, Sängerin zu werden, die schönen Stunden bei dem alten, tüchtigen Gesangslehrer aufgeben, da man erbarmungslos mit den Fingern nach ihr zeigte.

Der alte Stadtpfarrer hatte ihr eine Stellung in einer Försterei verschafft, doch da die Förstersfrau plötzlich starb, hatte sie auch diesen Ort verlassen müssen, und war als Gesellschafterin nach dem Heideschloß am grauen Felsen gekommen.

Hier lebte sie seit einem Jahre glücklich und zufrieden. Man war gut und freundlich zu ihr, und sie war dankbar für die Güte, die ihr von allen Seiten entgegengebracht wurde.

Zu dieser Zeit wurde ihr Bruder Hans aus dem Zuchthaus entlassen. Er hatte sie hier aufgespürt, und ihr eines Tages im Park ausgelauert.

Damals hatte er sehr zerknirscht getan, und sie um Geld gebeten, da er in Erfahrung gebracht hatte, daß Miriam durch den Verkauf der elterlichen Möbel einen Sparpennig besaß.

Er hatte gesagt, daß er nach Amerika auswandern wolle, um dort ein neues, anständiges Leben zu beginnen. Sie hatte ihm geglaubt, und ihm fast alles gegeben, was sie besaß.

hin den Befehl, an der Unglücksstelle zu bleiben; die „Los Angeles“ soll aber nicht, wie beabsichtigt war, abgeschickt werden.

Ein erster Augenzeugenbericht spricht davon, daß man bei den Rettungsmaßnahmen an Bord der „Vestris“ zuerst eine phlegmatische Langsamkeit und Unerfahrenheit beobachtet konnte. Der Kapitän habe bis zum letzten Augenblick in größter Ruhe seine Befehle erteilt.

Mit der „Vestris“ sind außer zehn Mappen mit diplomatischen Schriftstücken 1097 Postfächer untergegangen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Deutschnationale Rundfunkanfrage.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion weiß in einer Interpellation auf die am 9. November vom Reichsinnenminister Severing im Berliner Rundfunk gehaltene Rede hin, die eine sozialdemokratische Parteidrede gewesen sei und auch wegen ihrer Form und ihres Inhalts weite Kreise in ihren berechtigten Gefühlen verletzt habe.

Handwerksnobelle im Reichstag.

Dem Reichstag ist nunmehr der Entwurf zur Änderung der Gewerbeordnung, wie die Handwerksnobelle sich betitelt, nach Zustimmung des Reichsrats zugegangen. Neben der Anpassung mancher Bestimmungen an inzwischen veränderte Verhältnisse (Mündelsicherheit usw.) bringt der Entwurf die Eingliederung von juristischen Personen im Handwerksbetrieb (Gesellschaften G. m. b. H. usw.), Neuregelung der Staatsaufsicht, Wahlrecht und Wahlpflicht für alle Handwerker zu den Handwerksvertretungen und Befestigung der Vorzugsstellung von Innungen und Gewerbevereinen.

Rußland.

Russisch-amerikanische Beziehungen.

Dem Eintreffen des als amerikanischer Finanzberater in Polen tätigen Herrn Dewey in Moskau mißt man nicht allein in polnischen und russischen Kreisen große Bedeutung bei, sondern auch weit darüber hinaus. Dewey hatte in Moskau Verhandlungen mit dem Volkskommissar für Finanzen und dem stellvertretenden Außenkommissar Litwinow.

Aus In- und Ausland

Berlin. Am Reichstag konstituierte sich der Ausschuss für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms und der Untersuchungskommission für die Kriegssurlachen.

Zeit. Der bisherige kommissarische Verwalter des Landes Reiches Reich, Regierungsdirektor Dr. Jänike, der Schlichterjohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, ist auf Befehl des Staatsministers endgültig zum Landrat des Reiches ernannt worden.

Stuttgart. Der Beginn der Vollstungen des Bärlite mberaischen Landtags, der für den 20. November vor-

Miriam glaubte ihn längst drüben in der neuen Welt. Nun war er heute, genau nach einem halben Jahre, unverhofft wieder aufgetaucht.

Er hatte sie also damals belogen! Mitten in ihr junges Liebesglück hatte sie dieser schwere, fürchtbare Schlag getroffen.

Schluchzend drückte Miriam Wahren den Kopf in die Rissen. „Wenn ich sterben könnte!“ murmelte sie immer wieder leise vor sich hin.

Sie ahnte, daß zwischen Helmar und ihr ein Abstand war, der nie wieder ganz heilen konnte. Sie mußte das traurige Geheimnis, daß ihr Bruder ein Christof war, für sich behalten, denn wenn sie sprach, war Helmar für sie erst recht verloren.

Die bürgerliche Braut würde die alte Gräfin Ingsheim vielleicht noch verzeihen, den besteckten Namen niemals!

So qualte sich Miriam lange in unruhigen Gedanken; dann aber kam endlich doch der Schlaf über sie und ließ sie für wenige Stunden das schwere Leid vergessen.

Sonnig und strahlend brach der neue Tag an. Nach dem nächtlichen Gewitter war die Natur heute morgen wie neu belebt. Alles leuchtete und blinkte so taufrisch, als hätte es niemals eine solch schreckliche Nacht gegeben.

Miriam Wahren lebte am Fenster ihres Schlafzimmers, und schaute traurig in den Park hinaus.

Da unten hatte Helmar sie gestern gefunden. Alles stand wieder lebendig vor ihren Augen, und in qualender Sorge dachte sie daran, wie sie ihm jetzt am Frühstückstisch gegenüber treten sollte.

(Fortsetzung folgt.)





